

Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung
Nichtöffentlich zu TOP 7

Ausschuss für Mobilität und Verkehr

23. Sitzung
6. September 2023

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 17.07 Uhr
Vorsitz: Lars Bocian (CDU; stellv. Vorsitzender)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt, den bisherigen Tagesordnungspunkt 8 mit den Besprechungen zum 29-Euro- bzw. 49-Euro-Ticket abzusetzen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 9 und 10 würden entsprechend zu Tagesordnungspunkt 8 und 9. – Siehe auch Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl der/des Vorsitzenden

Vorsitzender Lars Bocian weist darauf hin, dass die AfD-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Position der/des Vorsitzenden in diesem Ausschuss habe und dafür den Abgeordneten Rolf Wiedenhaupt vorschlage. Sei dieser mit der Kandidatur einverstanden?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bejaht dies.

Vorsitzender Lars Bocian fragt, ob die AfD-Fraktion wie angekündigt einer Wahl per Zuruf widersprechen werde.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) bejaht dies ebenfalls.

Vorsitzender Lars Bocian stellt fest, dass die Wahl somit nach § 74 Absatz 2 der Geschäftsordnung mit verdeckten Stimmzetteln durchgeführt werde. Er lese jetzt die Namen der Abgeordneten vor, die dann ihre Stimme entsprechend abgeben könnten. – Alle Abgeordneten hätten nunmehr ihre Stimme abgeben und nach Auszählung liege folgendes Ergebnis vor: Es

Johannes Kraft (CDU) betont, in der heutigen Sitzung gehe es nicht um den ursprünglichen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, den die Koalitionsfraktionen gemeinsam geprüft hätten und der in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe zurückgezogen wurden sei, sondern um eine Neufassung, die kurz vor der heutigen Sitzung vorgelegt worden sei.

Kristian Ronneburg (LINKE) stellt fest, dass die in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe auch vom Ausschussvorsitzenden zugesagte ernsthafte Prüfung der inhaltlichen Anliegen des Änderungsantrags der Fraktion Die Linke ausgeblieben sei.

Der Ausschuss beschließt zu a), die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/0983 – zu empfehlen. Den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke unter b) zur Vorlage – Drucksache 19/1074 – lehnt er ab und beschließt, die Annahme dieser Vorlage zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | |
|---|----------------------|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Aktueller Stand der Planungen für die Ortsumfahrung Ahrensfelde (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | <u>0178</u> Mobil |
| b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Aktueller Stand der Planungen für die Ortsumfahrung Ahrensfelde (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | <u>0145</u> Mobil |
| c) Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/0065 Ortsumfahrung Ahrensfelde – bürgerfreundliche und kostengünstigere Lösung Kemberger Straße endlich auf den Weg bringen! | <u>0002</u> Mobil |

Tino Schopf (SPD) bittet um eine Darstellung zum aktuellen Stand der Planungen für die Ortsumfahrung Ahrensfelde.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, die Planungen für die Ortsumfahrung Ahrensfelde müssten gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern betrachtet werden, und man müsse alternative Lösungen finden. Sie sei bislang weder für Marzahn-Nord noch für Ahrensfelde zukunftsgerecht; sowohl die Berliner wie die Brandenburger Seite hätten gute Argumente, die jetzige Vorzugsvariante abzulehnen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) begründet den Antrag seiner Fraktion. Eine Umfahrung sei erforderlich, aber die anvisierte Troglösung sei offenbar trotz der Finanzierungszusagen im Keim erstickt worden. Deshalb habe seine Fraktion vorgeschlagen, auf die Troglösung zu verzichten und die einfachere Lösung über die Kemberger Straße zu wählen. Der Schallschutz könne

durch entsprechende Wände oder Wälle erreicht werden, und vielfältige Eingriffe in die Umwelt seien so verzichtbar.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU) führt aus, für die Planung und den Bau der Ortsumfahrung Ahrensfelde sei das Land Brandenburg federführender Vorhabenträger, und man stehe mit dem Land Brandenburg dazu in ständigem Austausch. Derzeit werde die Planfeststellungsunterlage durch das Land Brandenburg aktualisiert und an die aktuellen Randbedingungen angepasst. Bei der Überarbeitung sei es z. B. notwendig geworden, die Detailplanung der Knotenpunkte erneut auf die Leistungsfähigkeit hin zu bewerten.

Im Februar 2023 sei das Prüfexemplar der projektspezifischen Prognose für die verschiedenen Varianten des Knotens 1 an der Ländergrenze Berlin und Brandenburg abgeschlossen worden. Auf dieser Grundlage sei Anfang Juni 2023 ein Ingenieurbüro für die verkehrstechnische Analyse – Prüfung der Leistungsfähigkeit – gebunden worden. Prüffähige Unterlagen sollten im Herbst 2023 vorliegen, und die ermittelten Ergebnisse würden dann bewertet und das weitere Vorgehen abgestimmt. Sollte das zu erheblichen Kostensteigerungen oder Ähnlichem führen, seien die Maßnahmen mit dem Bundesverkehrsminister nochmals abzustimmen.

Antje Kapek (GRÜNE) fragt, ob mit Blick auf die Bedenken der Anwohner und Anwohnerinnen bezüglich der bisher bekannten Variante – Stichwort: Zerschneidung und Lärmentwicklung – eine Überprüfung oder Anpassung der Planung erfolge. Sei eine Prognose hinsichtlich der Kostenentwicklung möglich?

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, wie der Senat die federführend durch das Land Brandenburg getätigten Planungen bewerte. Wie leistungsfähig werde die Ortsumfahrung projektiert, die gegenwärtig eher eine Ortsdurchfahrung darstelle? In Ahrensfelde hätten alle Parteien und Gruppierungen eine kritische Haltung zur jetzigen Vorzugsvariante und forderten einen Tunnel. Er bezweifle, dass das Land Brandenburg das überhaupt in Erwägung ziehe. Leider habe das Land Berlin aus haushalterischen Gründen den Betrachtungsraum für eine Ortsumfahrung so eng gezogen, dass es am Ende zu einer Brandenburger Lösung komme.

Seine Fraktion habe einen Antrag zur Verkehrslösung für Marzahn-Nord und Ahrensfelde eingebracht – Drucksache 19/1152 –, der die Einrichtung eines Bürgerbeirats fordere, um so eine angemessene Information und eine Diskussion mit den handelnden Akteuren zu ermöglichen. Zudem solle der Abbruch des derzeitigen Planfeststellungsverfahrens geprüft werden. Die Forderung der AfD-Fraktion, dass der Senat einfach eine andere Trasse planen solle, sei seines Erachtens nicht umsetzbar, weil man sich in einem laufenden Planfeststellungsverfahren befinde. – Im Übrigen sei der bisherige Planungsverzug durch die Weigerung des Bundes entstanden, Mittel für den Lärmschutz bereitzustellen. – Der Senat solle bei solchen Projekten auch Verkehrsplanungen für die Schiene aufnehmen; konkret schlage man vor, die Wriezener Bahn zu reaktivieren und in das Programm i2030 aufzunehmen und eine Verlängerung der S-Bahn von Ahrensfelde nach Werneuchen zu prüfen. Zudem solle der Regionalbahnhof Ahrensfelde modernisiert und der landesgrenzenüberschreitende Busverkehr verbessert werden. – Aufgrund dieser zum Antrag seiner Fraktion vorgetragenen Argumente lehne er den AfD-Antrag ab.

Gordon Folger (SenMVKU) erklärt, zu den Kosten für die Ortsumfahrung Ahrensfelde könne er keine Aussage treffen; Vorhabenträger sei das Land Brandenburg, und erst im Herbst

2023 seien prüffähige Unterlagen mit einer entsprechenden Kostenentwicklung zu erwarten. – Zu den Anwohnerinteressen: Bereits im August 2002 sei die Linienbestätigung zur aktuellen Vorzugsvariante durchgeführt worden. Das Abgeordnetenhaus habe 2006 und 2007 in einer eigenen Synopse nochmals alle Varianten diskutiert, 2011 sei die Entwurfsplanung abgeschlossen worden, und der Vorhabenträger habe den Antrag zur Planfeststellung eingereicht. Insofern sei eine lange und breite Beteiligung auf allen Ebenen erfolgt.

Der Vorhabenträger bereite die erneute Auslegung der Planfeststellungsunterlage vor. Im streng formalisierten Planfeststellungsverfahren beständen vielfältige Möglichkeiten, sich gemäß §§ 72ff. Verwaltungsverfahrensgesetz und §§ 17ff. Bundesfernstraßengesetz einzubringen. Gleichwohl stelle das Land Brandenburg in enger Abstimmung mit dem Land Berlin eine Informationsveranstaltung in zeitlicher Nähe der erneuten Auslegung der Planfeststellungsunterlage in Aussicht.

Das Land Brandenburg habe ein Büro zwecks Prüfung der Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes an der Ländergrenze Berlin-Brandenburg beauftragt. Am S-Bahnhof Ahrensfelde solle eine Taktverdichtung vorgenommen werden, die zum Planungsbeginn noch nicht absehbar gewesen sei. In jedem Fall müsse ein Rückstau in den Tunnel verhindert werden, und insofern sei eine Überarbeitung erforderlich gewesen. Weitere prüffähige Unterlagen lägen dazu noch nicht vor; zeitlich verweise er auch hierbei auf den Herbst 2023. – Was den Abbruch des Verfahrens angehe, liege auch das beim Land Brandenburg.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) merkt an, dass die Senatsverwaltung zwar mit Recht keine Aussagen zur Kostensteigerung treffen könne, aber man müsse wohl mit einem Anstieg um 30 bis 40 Prozent rechnen. Faktisch werde es somit zu einer Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag kommen. Demgegenüber sei die von seiner Fraktion beantragte oberirdische Lösung durch die Kemberger Straße schneller und realistisch. – In Bezug auf den vom Abgeordneten Ronneburg angeführten Bürgerrat stimme er insofern zu, dass die Bürgerbeteiligung vor Ort nicht ausreichend gewesen sei. Die AfD habe übrigens bereits in ihrem Antrag – Drucksache 19/422 – die Renovierung und Modernisierung des Regionalbahnhofs Ahrensfelde gefordert.

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob der Senat weiterhin nur abwarte, wie das Land Brandenburg handeln werde – mit der Perspektive, dass an einer Variante geplant werde, die möglicherweise wegen der Kostensteigerungen niemals realisiert werde. – Es reiche nicht aus, dass die Diskussion zu einem solchen Verkehrsvorhaben nur in dem gesetzlich vorgegebenen bestehe; es sei vielmehr eine informelle Beteiligung an diesem Prozess einzufordern. – Wie bereits angeführt, sei eine andere Variante, wie sie der AfD-Antrag fordere, aufgrund der Regularien des Planfeststellungsverfahrens so nicht möglich.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) stimmt dem Vorredner hinsichtlich der Problematik des Planfeststellungsverfahrens zu. Man werde wahrscheinlich ein neues Planfeststellungsverfahren benötigen. Während die Fraktion Die Linke innerhalb des Verfahrens einen Schritt zurückgehen wolle, schlage seine Fraktion vor, sich von diesem Verfahren mit 12 Jahren an fehlgeleiteter Planung zu verabschieden und einen neuen Weg zu gehen.

Vorsitzender Lars Bocian stellt Einvernehmen fest, die Besprechungen unter a) und b) abzuschließen.

Der Ausschuss beschließt, die Ablehnung des AfD-Antrags – Drucksache 19/0065 – unter c) zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|----------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Aktueller Stand der Straßenbahnplanungen (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | <u>0153</u> Mobil |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Straßenbahnausbau in Berlin: Aktueller Stand und zukünftige Planungen (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | <u>0201</u> Mobil |

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung – nicht öffentlich –

- | | | |
|--|---|----------------------|
| | Petition Eingabe von Frau R., Berlin Bau von Aufzügen in Bahnhöfen der U-Bahn-Linie 5 in Marzahn-Hellersdorf Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme. | <u>0192</u> Mobil |
|--|---|----------------------|

Siehe nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Berlin auf dem Weg zur Vision Zero (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | <u>0184</u> Mobil |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Vision Zero: wie wird Berlins Verkehr für alle sicherer? (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | <u>0161</u> Mobil |

Vertagt.